

Die Blase unter dem Imperium

Die Federal Reserve, die Verfassung und das Ende der US-Hegemonie.

14. August 2026 | Michael Hudson und Steve Keen; Teil 1

Einleitung

Class Unity sprach kürzlich mit den Ökonomen Steve Keen und Michael Hudson über die politische und wirtschaftliche Krise im Zusammenhang mit dem 250. Jahrestag der Vereinigten Staaten. Ihr Gespräch erstreckt sich über die Verfassungsstruktur und das Parteiensystem der USA, die Deindustrialisierung und Finanzialisierung sowie das, was sie als Niedergang der amerikanischen imperialen Macht bezeichnen. Außerdem bewerten sie das Vermächtnis von Alan Greenspan und Lindsey Graham, den Einfluss der Wall Street und des militärisch-industriellen Komplexes sowie die politischen Folgen der Wahlkampffinanzierung. Im letzten Teil der Diskussion geht es um die Politik der Federal Reserve, den Konflikt mit dem Iran, Ölpreisschocks und die Möglichkeit, dass die Inflation einer Schuldendeflation und einer globalen Depression weichen könnte.

Transkript

Class Unity: Hallo zusammen und herzlich willkommen zu einer weiteren Veranstaltung von *Class Unity*. Wir freuen uns sehr, heute wieder unsere Gäste Michael Hudson, Wirtschaftswissenschaftler und Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Missouri–Kansas City, sowie Steve Keen, Wirtschaftswissenschaftler und Honorarprofessor am University College London, bei uns zu haben. Wir werden gleich mit den Fragen loslegen. Angesichts all der Ereignisse, die sich derzeit in der Welt abspielen, gibt es viel zu besprechen. Zunächst einmal zum kürzlich begangenen 250. Geburtstag der USA: Was denken Sie, Steve und Michael, darüber, wo das Land steht, woher es kommt und wohin es wahrscheinlich steuern wird? Was können wir kurz- und langfristig erwarten, angesichts des Chaos, das sich offenbar immer weiter ausbreitet?

Wir haben kürzlich mit Christian Parenti und Wolfgang Streeck gesprochen, die die Ansicht vertreten, dass uns in nächster Zeit wohl mehr vom Gleichen bevorsteht – nur noch schlimmer. Halten Sie das für richtig, oder sind Veränderungen zu erwarten? Steht beispielsweise beim Dollar oder bei den BRICS-Staaten ein Wendepunkt bevor, Michael?

Amerika funktioniert nicht mehr

Michael: Bei all den Diskussionen über die US-Verfassung und die Entstehungsgeschichte des Landes wird nun deutlich, dass die USA ein gescheiterter Staat sind. Sie sind gescheitert, weil die Verfassung so gestaltet wurde, dass sie die gesamte Macht in die Hände des Obersten Gerichtshofs legte, dessen Richter zum Verkauf angeboten wurden.

Das Gerichtssystem und das Verfassungsrecht wurden privatisiert, indem die Richter am Obersten Gerichtshof von Politikern gewählt werden, deren Wahlkampagnen von den reichsten Schichten

finanziert werden – in erster Linie von den Finanzkreisen, den Monopolen und dem Immobiliensektor, dem sogenannten FIRE-Sektor. Das politische System wurde in ein „Pay-for-Play“-System verwandelt, in dem Wahlkampfspender nach Politikern Ausschau halten, die bereit sind, ihre Interessen zu vertreten. Ihre Interessen liegen im Wesentlichen darin, die US-Wirtschaft durch Privatisierung und Finanzialisierung zu deindustrialisieren. Es gibt kein Konzept einer gemischten öffentlich-privaten Wirtschaft mehr, wie es während des wirtschaftlichen Aufschwungs Amerikas im 19. Jahrhundert der Fall war, als die USA sagten: „Wir wollen keine Monopole. Wir wollen Kartellgesetze verabschieden. Wir wollen, dass die Wirtschaft im Grunde genommen als Demokratie für das Volk geführt wird.“

Doch von Anfang an gab es ein Zweiparteiensystem: zunächst die Whigs und die Demokraten, dann die Republikaner des Nordens im Gegensatz zur Demokratischen Partei des Südens, dem sogenannten „Solid South“. Zumindest in den 1850er Jahren, im Vorfeld des Bürgerkriegs, gab es noch Raum für eine neue Partei. Es gab eine Reihe von Parteien. Die Republikanische Partei war neben den Whigs und den Demokraten eine neue Partei.

Doch mittlerweile herrscht ein Einparteienstaat. Die Politiker beider Parteien werden von derselben Gruppe und Klasse von Wahlkampfspendern finanziert, und sie haben mithilfe von Landesgesetzen in den USA dafür gesorgt, dass sich keine dritte Partei entwickeln kann. Bei der letzten Wahl war die Grüne Partei die wichtigste dritte Partei. Ich war der politische und wirtschaftliche Berater von Jill Stein, deren Kandidatin. Wir konnten nicht einmal auf den Stimmzettel des Staates New York kommen, sodass ich hier in New York City den Namen selbst eintragen musste.

Es gibt eine starke Ein-Parteien-Gruppe, die im Grunde regiert und Richter am Obersten Gerichtshof ernennt, die die Verfassung nach Belieben auslegen können – genau wie der Fall „Dred Scott“ vor dem Bürgerkrieg die Sklaverei rechtfertigte. Man kann alles rechtfertigen. Wir erkennen heute, dass der Grund für die politische Fehlkonstruktion dieses Landes darin lag, dass die Sklavenhalter im Süden auf den Rechten der Einzelstaaten bestehen wollten, um jegliche Art von Bundesaufsicht oder Bundesgewalt zu verhindern. Sie befürchteten, dass das Bevölkerungswachstum im Norden zu einer zunehmenden Anti-Sklaverei- und Abolitionistenpolitik führen würde, und das wollten sie verhindern.

Der Süden wollte zudem jede Art von Nationalbank verhindern, wie sie Henry Clay und zuvor Hamilton einführen wollten. Sie wollten keine Entwicklung des Bankwesens, da dies die Industrie finanzieren würde und die Industrie wiederum zur Urbanisierung des Landes führen würde. Die städtische Bevölkerung müsste mit Getreide aus dem Westen versorgt werden, und die südlichen Sklavenstaaten wollten ihre Plantagensklaven mit preisgünstigem Getreide aus den westlichen Staaten ernähren.

Die Bevölkerung im Norden wurde dorthin getrieben, weil der Süden sich gegen Schutzzölle, den Ausbau der Infrastruktur und die Gründung einer Nationalbank aussprach, wie sie Henry Clay im Gegensatz zu Andrew Jackson vorgeschlagen hatte. So ist dieser 250. Jahrestag zu einer Gelegenheit geworden, zu erkennen, warum das politische System der USA nicht funktioniert und warum diese Krise im politischen System dazu geführt hat, dass auch die Wirtschaft nicht funktioniert.

Der Oberste Gerichtshof und der Großteil des Kongresses erkennen, dass es eine Bundesgewalt geben muss, die über die Befugnisse der Bundesstaaten hinausgeht. Der Oberste Gerichtshof wurde

größtenteils von Republikanern besetzt, insbesondere von Präsident Trump während seiner beiden Amtszeiten. Sie haben Präsident Trump die Möglichkeit gegeben, eine Politik zu verfolgen, die ein anderer Oberster Gerichtshof für verfassungswidrig erklärt hätte.

Die USA brauchen eine neue Verfassung. 250 Jahre sind eine lange Zeit, ohne die Verfassung zu modernisieren, und wir leben nicht mehr in der agrarischen Wirtschaft – schon gar nicht in der Sklavenwirtschaft –, in der wir früher lebten. Deshalb müssen wir uns auf gewählte Präsidenten wie Präsident Obama verlassen.

Doch beide Parteien sind im Grunde genommen gegen Einwanderer, gegen Hispanics, gegen Schwarze, gegen die Arbeiterbewegung und gegen die Industrie. So ist es in den USA mittlerweile geworden. Während die US-Außenpolitik darauf abzielt, Russland in seine Einzelteile zu zerlegen, den Iran ebenfalls und letztendlich auch China, fragen sich andere: „Werden die USA auseinanderbrechen?“

In den 1970er Jahren arbeitete ich mit Alvin Toffler und Norman Mailer zusammen, der für das Amt des Bürgermeisters von New York kandidierte und wollte, dass sich New York City vom Staat New York abspaltet. Wir alle fragten uns damals: Ab wann werden sich amerikanische Bundesstaaten aufspalten, nur um zu überleben? Die USA können derzeit nicht aus eigener Kraft überleben. Sie können nur überleben, indem sie sich von anderen Ländern ein „kostenloses Mittagessen“ erschleichen, vor allem durch den Dollar-Standard, indem sie Zahlungsbilanz- und Handelsdefizite anhäufen, ohne absehbare Mittel zur Begleichung zu haben, und indem andere Länder den USA irgendwie Geld zur Verfügung stellen. Das nennt man Wohlstand, was so viel bedeutet wie „Zustrom“.

Die USA halten sich in ihrer zerrütteten Form über Wasser, indem sie trotz ihrer militärischen Ausgaben im Ausland, ihrer Kriege im Ausland und ihrer eigennützigen, zunehmend ausbeuterischen Politik – wie Trumps Zollpolitik und sein Ölkrieg – einen „kostenlosen Mittagstisch“ erhalten. Sie tun all dies, weil andere Länder nicht versucht haben, ein alternatives weltweites Handels- und Zahlungssystem zu schaffen – also eine Entdollarisierung voranzutreiben. Sobald sie die Entdollarisierung vornehmen, wird dies dazu führen, dass die USA versuchen werden, so zu überleben, als wären sie eine Wirtschaft des 18. Jahrhunderts in einer verfassungsrechtlich unhaltbaren politischen Ordnung.

Das Ende des Imperiums

Steve: Für mich sollte das eigentlich ein Grund zum Feiern sein: 250 Jahre. Aber 250 Jahre sind auch die übliche Lebensdauer von Imperien, und ich glaube, dass wir gerade aus einer ganzen Reihe von Gründen das Ende des amerikanischen Imperiums erleben. In gewisser Weise kann man natürlich Trump dafür verantwortlich machen, aber ich denke, Trump ist im Grunde nur das Sahnehäubchen auf einem faulen Kuchen.

Wie Michael bereits angedeutet hat, war die politische Struktur Amerikas ursprünglich nicht auf Demokratie und die Stimme des Volkes ausgelegt, so wie es die Hollywood-Ideologie von Amerika darstellt. Sie wurde entworfen, um die Möglichkeit von Sklavenaufständen einzudämmen. Sie wurde entworfen, um sicherzustellen, dass die Macht bei den weißen Männern lag, die zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der Verfassung als Einzige wahlberechtigt waren. Die Amerikaner preisen ihre Verfassung, aber ich glaube, woran sie eigentlich denken, ist die Unabhängigkeitserklärung, die ein sehr positives, humanes Dokument ist.

Die Verfassung ist so angelegt, dass sie die Möglichkeit einschränkt, dass das Volk den Oligarchen des Systems die Macht entzieht – seien es nun die Sklavenhalter und Industriellen des Nordens vor 250 Jahren oder die Oligarchen von heute. Trump ist genau zum richtigen Zeitpunkt aufgetaucht, um ein Imperium zu beenden. Es ist, als hätten die Römer Caligula ernannt, anstatt dass er von Geburt an Caligula gewesen wäre. Im Grunde genommen hat Caligula das Sagen, während das Imperium zusammenbricht und Attila der Hunne vor den Toren steht.

Ich halte das für eine riesige Blamage vor der Welt. Ich hatte in Amerika ziemlich viel Prunk und Zeremoniell erwartet. Was bekommen wir stattdessen? Einen Wrestling-Kampf auf dem Rasen des Weißen Hauses. Das ist unglaublich peinlich. Ich denke, es sollte für die Amerikaner an der Zeit sein zu sagen: „So sehr wir auch der Verfassung die Treue schwören, die Verfassung schwört uns keine Treue.“ Die Verfassung garantiert nur – wie George Galloway es brillant formulierte –, dass man die Chance bekommt, zu sagen, auf welche Pobacke man sich setzen will.

Beide machen dich fertig. (Im Original: Both shit on you.) Aber es ist auch für den Reichtum der Oligarchen zerstörerisch, und genau das erleben wir gerade. Der Versuch, die weltweiten Ölvorkommen zu kontrollieren – ein wesentlicher Bestandteil der amerikanischen Außenpolitik –, ist an der einzigen Hürde gescheitert, die er nicht überwinden konnte, nämlich am Iran. Das beschleunigt meiner Meinung nach nun den Niedergang des US-Imperiums.

Michael: Dem stimme ich zu. Die Lösung wird nicht aus den USA kommen, weil wir dort gewissermaßen machtlos sind. Der Grund, warum Trump beim ersten Mal gewählt wurde, war, dass seine Gegnerin, Hillary Clinton, die am meisten gehasste Politikerin in den USA war. Es war eine Anti-Stimme. Sie haben für Biden gestimmt, weil das Vertrauen in Trump völlig zusammengebrochen war und Biden eben nicht Trump war. Jetzt haben sie für Trump gestimmt, weil Trump nicht Biden und Harris war. Alles, was die Amerikaner tun können, ist, die Gauner rauszuwerfen – für die gegnerische Partei zu stimmen, in der Hoffnung, dass sich etwas ändert.

Was Trump getan hat, war im Grunde das Gleiche, was Boris Johnson und die führenden britischen Kandidaten getan haben. Sie sagten: „Wir werden alles über den Haufen werfen.“ Deshalb ist Großbritannien meiner Meinung nach aus der EU ausgetreten. Sie haben erkannt: Moment mal, warum will Großbritannien überhaupt in der EU sein? Die internationale Bankerklasse in London wollte das und genau die hat die gesamte Wirtschaft ruiniert. Der Thatcherismus und Tony Blair haben sie ruiniert. Lasst uns die Fäden aus den Händen ihrer Finanzmacht reißen.

Nun, genau das ist passiert, und schauen Sie sich an, wo das Großbritannien hingeführt hat. Amerika schlägt wahrscheinlich genau denselben Weg ein. Die Menschen wollten jemanden, der alles kurz und klein schlägt. Was Trump tut, ist, den Rest der Welt viel stärker zu zerstören als die heimische Wirtschaft. Der Krieg – die Unterbrechung des Ölhandels in Westasien – wird bis Ende dieses Jahres eine weltweite Depression auslösen. Ohne Öl wird es zu Betriebsschließungen und Arbeitslosigkeit kommen.

Wer wird das Problem der gescheiterten US-Wirtschaft lösen? Nur andere Länder können eine Alternative bieten, und darüber spricht eigentlich niemand. Steve und ich sprechen hier darüber, aber dieses Thema ist nicht auf den Titelseiten der großen Medien zu finden.

Alan Greenspan und Lindsey Graham

Class Unity: Wir wollen auf jeden Fall auf die Konflikte im Nahen Osten eingehen. Michael, Sie haben Thatcher und Blair in Großbritannien erwähnt. Ich möchte Sie nach zwei bedeutenden politischen Persönlichkeiten aus den USA fragen, die kürzlich verstorben sind, nämlich Alan Greenspan und Lindsey Graham. Zum besseren Verständnis für unsere Zuschauer werde ich kurz auf ihren Werdegang eingehen, und dann kommen wir zur Frage.

Greenspan wurde wegen seiner Rolle beim Wirtschaftsboom der 1990er Jahre oft als „der Maestro“ bezeichnet und stand in engem Zusammenhang mit der „Great Moderation“. Dennoch kam es während seiner Amtszeit zu mehreren größeren Turbulenzen, darunter der Börsencrash im Oktober 1987, der Aufstieg und Zusammenbruch der Dotcom-Blase sowie die wirtschaftlichen Folgen der Anschläge vom 11. September. Nach seinem Ausscheiden aus der Federal Reserve im Jahr 2006 sah er sich scharfer Kritik ausgesetzt, weil er die Zinssätze Anfang der 2000er Jahre zu niedrig gehalten hatte und einen laxen Ansatz bei der Finanzregulierung verfolgte – Maßnahmen, die nach Ansicht der Kritiker dazu beitrugen, die Voraussetzungen für die Finanzkrise von 2007–2009 zu schaffen. Stimmt daran etwas? Wie sollten wir Ihrer Meinung nach das Vermächtnis von Alan Greenspan in Erinnerung behalten?

Spiegelt seine Karriere eine bestimmte politische Ära in Amerika wider? Sind ihre Auswirkungen von Dauer, oder ist sie noch immer aktuell? Was können oder sollten die Menschen daraus lernen? Geben Sie mir bitte einen Moment; ich werde ganz kurz auf Lindsey Graham eingehen. Lindsey Graham war einer der fanatischsten Befürworter der Konflikte mit Russland und dem Iran. Wie sollen wir seine Aktivitäten und seine Abwesenheit einordnen? Wird es einen Unterschied machen, dass er nicht mehr da ist? Gibt es andere Tendenzen oder Interessen im amerikanischen Establishment, die die Dinge in andere Richtungen lenken könnten? Beides sind berechtigte Fragen, aber fangen wir mit Greenspan an. Steve?

Steve: Greenspan war, würde ich sagen, der führende Reiter der „vagabundierenden Kreditritter“. Eine der brilliantesten Äußerungen von Marx zum Kapitalismus war die Warnung vor der Gefahr, den Finanzsektor die Realwirtschaft übernehmen zu lassen. Ich werde dies aus dem dritten Band von „Das Kapital“ vorlesen. Sie finden es auf marxists.org, einer hervorragenden Datenbank für klassische Schriften.

Marx sagt, dass ein hoher Zinssatz darauf hindeuten kann, dass ein Land von den umherziehenden Kreditrittern untergraben wird, die hohe Zinsen aus den Taschen anderer Leute zahlen, während sie selbst in großem Stil von erwarteten Gewinnen leben. Das ist das Wesen des Finanzsektors. Marx hatte Recht, als er uns davor warnte, diese Bande die Produktion übernehmen zu lassen, denn sie versteht nichts davon und sollte nichts damit zu tun haben. Er fügt hinzu, dass das Kreditsystem, in dessen Mittelpunkt die Nationalbanken, die großen Geldverleiher und die Wucherer stehen, dieser Klasse von Parasiten enorme Macht verleiht: Sie können Industriekapitalisten ausplündern und gefährlich in die Produktion eingreifen.

Genau das hat Greenspan nach dem Börsencrash von 1987 ermöglicht, als der Markt an einem einzigen Tag um 20 Prozent einbrach. Anstatt die Spekulanten scheitern zu lassen, erklärte er praktisch, dass die Regierung für sie bürgen würde. Dies wurde als „Greenspan-Put“ bekannt. Es war zwar nicht die ursprüngliche Ursache für die Dominanz der Finanzspekulation in Amerika, aber es

ermöglichte, dass diese Dominanz fortbestand. Ein realistischer Maestro, der wusste, wie man ein Orchester leitet, hätte gesagt: „Dieser bestimmte Flügel ist entlassen. Ihr werdet euer Geld verlieren. Wir werden unverantwortliches Verhalten des Finanzsektors nicht absichern.“ Stattdessen hat Greenspan es gefördert. Ich sehe ihn als denjenigen, der die Finanzialisierung Amerikas und den daraus resultierenden Niedergang seiner industriellen Macht gefördert hat. Ähnlich verhält es sich mit Lindsey Graham – ich weiß es nicht aus eigener Erfahrung, aber viele Leute in Washington werden Ihnen erzählen, dass er heimlich schwul war. Ich glaube, seine Verlegenheit darüber, schwul zu sein, führte dazu, dass er sich nach Autorität sehnte, und so wurde er zum besten Freund des Militärs.

Neben der enormen Macht, die Greenspan der politisch-finanziellen Klasse verlieh, gab es den militärisch-industriellen Komplex auf Steroiden – dank Leuten wie Graham. Dwight D. Eisenhower warnte in seiner Abschiedsrede als Präsident vor diesem Komplex. Was wir sehen, ist ein politisches System, das den Finanzinteressen verpflichtet ist, wobei diese Interessen mit dem Militär verflochten sind. Sie wollen militärische Übergriffe, denn auch wenn diese scheitern mögen, erzielen sie damit Gewinn. Das führte zu dem lächerlichsten gescheiterten Unterfangen in der US-Geschichte: dem Versuch, es mit dem Iran aufzunehmen. Der Iran war bereit. Es war, als würde man zusehen, wie ein 500 Pfund schwerer, betrunkenen Idiot in den Ring mit Muhammad Ali springt und die Tracht Prügel bekommt, die er verdient hat.

Michael: Zwei Anmerkungen, vor allem für das hier anwesende ausländische Publikum. Warum war Lindsey Graham im Senat so einflussreich? Die Vorsitzenden aller Ausschüsse im Senat und im Repräsentantenhaus müssen sich ihre Posten von der Partei erkaufen. Die Kandidaten, die die meisten Spenden sammeln, können sich Ausschussvorsitzende sichern, was ihnen Macht darüber verschafft, welche Gesetze verabschiedet oder gar zur Abstimmung gebracht werden. Das profitabelste Monopol in den USA ist der militärisch-industrielle Komplex. Er hat Lindsey Graham Geld gegeben, weil er ein militärischer Falke war, was es ihm ermöglichte, seine Wahlkampfspender zu belohnen, indem er deren Politik verfolgte.

Kongressabgeordnete und Senatoren haben verschiedene Möglichkeiten, sich das Geld der Lobbyisten zu sichern. Eine wichtige Quelle, die in den letzten Wochen dieses Wahlkampfs im Mittelpunkt stand, war Israel. Amerika gibt enorme Geldsummen an Israel, das einen Teil davon für Lobbyarbeit beiseitelegt und diese Dollar in die Wahlkämpfe von US-Politikern zurückfließen lässt, die von der AIPAC unterstützt werden. Lindsey Graham und seine Kollegen waren Empfänger dieses enormen Kreislaufs vom Kongress nach Israel.

Ebenso wurden die vom Kongress für den militärisch-industriellen Komplex bereitgestellten Gelder von den Rüstungsherstellern in die Wahlkampagnen von Politikern umgeleitet, die deren Interessen vertraten. Dieser Kreislauf hat den politischen Prozess privatisiert. Das Urteil des Obersten Gerichtshofs in der Rechtssache „Citizens United“ ermöglichte es, die Politik an den Meistbietenden zu versteigern. Wahlen spielen keine Rolle. Wie Mark Twain sagte: „Wenn Wahlen etwas bewirken würden, würde man euch nicht wählen lassen.“ Das ist fest im politischen System der USA verankert.

Ich möchte noch einmal auf Alan Greenspan zurückkommen. Ich habe ihn 1965 kennengelernt und mit ihm zu tun gehabt, als ich als Zahlungsbilanzökonom bei der Chase Manhattan Bank tätig war. Greenspan galt als politischer Handlanger, weshalb ihn so viele Leute engagierten. Meine Aufgabe

bei Chase bestand ein Jahr lang darin, die Zahlungsbilanz der US-amerikanischen Ölindustrie zu untersuchen. Im Januar 1965 beschränkte Präsident Johnson die Auslandsinvestitionen amerikanischer Unternehmen auf insgesamt fünf Prozent. Die Ölindustrie behauptete, dies schade ihr: Jeder Dollar, den sie im Ausland ausgab, floss innerhalb von achtzehn Monaten wieder in die US-Zahlungsbilanz zurück.

So profitabel war es – oder, ich sollte nicht „Gewinn“ sagen; es brachte uns auf ihre Kosten wirtschaftliche Renten ein. Ich wurde von Standard Oil of New Jersey und Socony, der Standard Oil Company of New York, beauftragt, all dies zu untersuchen. Socony bestand darauf, Alan Greenspan einzustellen. Mein Chef bei Chase, der Leiter der Wirtschaftsabteilung, John Deaver, sagte:

„Michael, die Statistiken, die du hast, wurden alle von den Unternehmen vorgelegt. Sie sind großartig, aber ich traue Alan Greenspan nicht. Er ist so ein kleiner Mistkerl. Kannst du die Fehler finden?“

Ich brauchte ein paar Tage, um herauszufinden, wo Greenspan die Zahlen gefälscht hatte, hauptsächlich in den Abschreibungsstatistiken aus Europa. Mein Chef sagte: „Wir wollen nicht, dass Greenspan Chase die Schuld gibt. Das wäre schlechte Werbung für uns, und er ist ein sehr bössartiger kleiner Kerl. Du musst hingehen und ihm sagen, dass wir seine Zahlen nicht verwenden können.“ Ich ging zu Greenspans Büro am anderen Ende der Wall Street und sprach, glaube ich, mit Lucille Woo, einer seiner beiden chinesischen Assistentinnen.

Ich sagte immer wieder: „Diese Statistiken stammen nicht von US-amerikanischen Ölkonzernen. Das ist nicht die gesamte internationale Bilanz der USA.“ Sie sagte immer wieder: „Das ist alles implizit enthalten.“ Ich entgegnete: „Aber es ist in Dingen implizit enthalten, die irrelevant sind. Wir können ihn für die Studie nicht heranziehen.“ So wurde ich als der Mann bekannt, der Alan Greenspan gefeuert hat. Ich war 25 oder 26 Jahre alt; niemand interessierte sich für mich, aber man hätte sich dafür interessiert, wenn David Rockefeller ihn gefeuert hätte.

Als Greenspan zurücktrat, bat mich die BBC, für ein Interview in ihr Studio in der Nähe des World Trade Centers zu kommen. Auf der Startseite ihrer Website stand der Satz, den ich verwendet hatte: „Nach mir die Sintflut: Alan Greenspan“. So fasste ich zusammen, was Greenspan durch die Deregulierung geschaffen hatte. Er war ein Anhänger von Ayn Rand: Weg mit dem Staat; alles sollte sich frei entfalten können. Wir wollen keinen Staat. Jede Art, Geld zu verdienen, ist profitabel und daher ein Gewinn für die Wirtschaft.

Selbst wenn das Geld auf parasitäre Weise verdient wird, gibt es angeblich so etwas wie Parasitismus nicht. Greenspan gehörte zu dieser Clique. Alle warnten vor dem Hypothekenbetrug, der damals stattfand. Edward Gramlich, einer der Gouverneure der Fed, versuchte einzugreifen. Greenspans Standpunkt lautete: „Die Leute verdienen Geld. Kriminalität ist Privatwirtschaft. Sie wurde privatisiert und ist der profitabelste Bereich der gesamten Wirtschaft. Natürlich will man das nicht unterbinden. Das ist die Wirtschaft; das ist die Gewinnquelle.“ Nun, genau das ist aus der amerikanischen Wirtschaft geworden.

Steve: Ich halte das für einen guten allgemeinen Einwand. Es gibt so viel Heiligenverehrung über ganz normale Menschen, die Machtpositionen erreichen, als wären sie einzigartig begabte Individuen. Lest doch mal, was sie tatsächlich schreiben: Es sind einzigartig behinderte Individuen.

Greenspan war lediglich ein Sprachrohr für Ayn Rand, und anscheinend mochte sie ihn gar nicht, was ziemlich lustig ist. Ben Bernanke wurde ebenso verherrlicht. Er hatte die Frechheit, sein Buch über die Finanzkrise „The Courage to Act“ zu nennen, obwohl er erneut die Börsen- und Subprime-Blasen angeheizt hatte, nachdem Greenspan abgetreten war. Wenn man liest, was Bernanke schreibt – er ist ein Kindskopf. Es ist minderwertiges neoklassisches Denken. Aber weil er eine Machtposition innehat, müssen sie über ihn schreiben, als wäre er ein hochbegabter Mensch. Ehrlich gesagt sind sie alle ziemlich minderwertige Idioten, die einer idiotischen Theorie folgen: der neoklassischen Ökonomie. Jeder, der darauf hereinfällt, ist ein Idiot. Sie sind die Frontvertreter. Es würde alles gut funktionieren, wenn die Theorie richtig wäre – aber schaut euch an, was passiert ist. Die Theorie ist falsch.

Michael: Nun, Steve, machen Sie die Blase nicht schlecht. Sie ist es, die den Dollar und die gesamte Wirtschaft gestützt hat. Nachdem die USA den Goldstandard aufgegeben hatten, konnten sie durch Militärausgaben Dollar in die Weltwirtschaft pumpen, die Industrie abbauen und ein Handelsdefizit verzeichnen. Diese Dollar landeten in den Händen ausländischer Zentralbanken, die sie als neue Form von Währungsreserven weiterverwendeten. In den letzten Jahren waren private Kapitalzuflüsse in die US-Aktien- und Anleihemärkte die wichtigste Stütze für die US-Zahlungsbilanz.

Die Blase hatte zwei Auswirkungen. Das gesamte Wachstum des amerikanischen Vermögens erfolgte in Form steigender Aktien-, Anleihe- und Immobilienpreise, und fast das gesamte Wachstum kam den reichsten zehn Prozent zugute – hauptsächlich dem obersten Prozent. Die übrigen 99 Prozent verzeichneten keinerlei Vermögenszuwachs, während die unteren 40 Prozent jedes Jahr tiefer und tiefer in die Nettoverschuldung rutschen. Dieses Geld fließt in die USA und polarisiert gleichzeitig die US-Wirtschaft.

Die USA sind beispielsweise zum Ziel des japanischen Carry-Trades geworden: Investoren aus Ländern mit niedrigen Zinsen nehmen günstige Kredite auf und spekulieren an den US-Aktien- und Anleihemärkten. Die Nullzinspolitik hat den größten Anleihemarktboom in der amerikanischen Geschichte ausgelöst. Derzeit kenne ich unter den Leuten, mit denen ich spreche, keinen einzigen größeren Investor, der glaubt, mit Aktien und Anleihen noch Geld verdienen zu können. Sie versuchen lediglich, das zu sichern, was sie seit 2009, als die Obama-Blase begann, gewonnen haben.

Dennoch haben Ausländer, Kleinanleger und Pensionsfonds alle Geld in diesen Markt gesteckt. Manche Ökonomen bezeichnen dies als „Vertrauens-Fee“. Doch wie Steve und ich schon immer gesagt haben: Diese Blase ist nicht auf Dauer haltbar. Bis Ende dieses Jahres, wenn es aufgrund des Ölkriegs zu einer weltweiten Depression kommt, werden Sie Unterbrechungen in der finanziellen Zahlungskette, Zahlungsausfälle, Zwangsvollstreckungen und einen massiven Vermögenstransfer von Schuldnern zu Gläubigern inmitten eines weltweiten Zusammenbruchs erleben.

Wenn man sehr reich ist und über genügend Milliarden Dollar verfügt, um eine wichtige Rolle zu spielen, ist es in einer Situation des wirtschaftlichen Zusammenbruchs viel einfacher, sehr schnell reich zu werden, als durch Wirtschaftswachstum.

Realitätsferne Politik der Fed

Class Unity: Wir haben eine Frage zur Federal Reserve und zu Kevin Warsh, und wir möchten diese zum Anlass nehmen, um auf den Konflikt im Nahen Osten einzugehen, da diese Themen miteinander zusammenhängen. Es scheint, als habe Trump Warsh als Nachfolger von Jerome

Powell als Vorsitzenden der Federal Reserve ausgewählt, in der Hoffnung auf eine eher expansive Geldpolitik. Nun scheint es, als halte die Federal Reserve an ihrem Kurs fest und erwäge angesichts der durch den Konflikt im Iran verursachten Inflation sogar Zinssenkungen. Was halten Sie davon? Hatten wir eine echte Chance auf eine verantwortungsvolle, expansive Zinspolitik, oder gab es von vornherein keine Hoffnung? Offensichtlich wäre eine Rezession sehr schlecht für die USA, insbesondere angesichts der militärischen Konflikte, in die sie verwickelt sind. Was bestimmt die Politik der Federal Reserve, und sehen Sie die Möglichkeit einer baldigen Änderung?

Steve: Zum Teil basiert diese Politik auf der neoklassischen Theorie. Man mag zwar eine andere Person an die Spitze der Federal Reserve berufen, doch die Personen, die die sogenannte Wirtschaftspolitik und Forschung leiten, bleiben dieselben. Sie glauben, dass sie die Wirtschaft durch die Anpassung der Zinssätze steuern können. Sie sind der Ansicht, dass sie bei steigender Inflationsrate den Zinssatz doppelt so schnell anheben müssen, um so den langfristigen Konsum zu stabilisieren – den sie ihrer Meinung nach kontrollieren.

Tatsächlich wird es dadurch für neue Kreditnehmer nur teurer, ihre Schulden zu finanzieren. Auf die amerikanische Wirtschaft hat dies kaum Auswirkungen, da so viele Hypotheken langfristig sind: Ihr Zinssatz ändert sich während der Laufzeit des Darlehens nicht. Warsh kämpft gegen eine ganze Beratergruppe, die behauptet, die Wirtschaft könne durch Zinserhöhungen gesteuert werden, wodurch die Inflation gesenkt werde. Er kann aus dieser Falle nicht ausbrechen. Warsh mag zwar der Vorsitzende sein, aber er ist kein Diktator, daher muss es sich wohl um eine Mehrheitsentscheidung handeln, nehme ich an.

Wenn die anderen einen Anstieg der Inflationsrate beobachten würden, würden sie ihre neoklassischen Berater zu Rate ziehen, die ihnen raten würden, die Zinsen anzuheben. Genau das wird passieren, und Trump kann dieser Falle nicht entkommen, weil er die neoklassische Wirtschaftstheorie nicht versteht. Es ist die neoklassische Theorie über die Funktionsweise der Wirtschaft, die die Zinspolitik der Federal Reserve tatsächlich bestimmt – und diese Theorie ist realitätsfern.

Die Vorstellung, dass Zinssätze die Inflation kontrollieren können, stammt aus der neoklassischen Theorie; sie lässt sich nicht beobachten, wenn man die tatsächliche Wirtschaft betrachtet. Zinssätze wirken sich nur dann auf die Wirtschaft aus, wenn sie extrem hoch angesetzt werden, wie es Paul Volcker tat, was eine Rezession zur Folge hatte. Warsh wird das nicht tun, aber wenn die Inflation steigt, wird er die Zinsen wahrscheinlich anheben. Ich freue mich schon darauf, wie Trump einen weiteren von ihm selbst ernannten Vorsitzenden der Federal Reserve in die Wüste schickt.

Michael: Steve hat absolut Recht. Das Ironische daran ist Folgendes: Die gesamte Idee der Zinserhöhung beruht auf der Behauptung, dass dies durch eine Verlangsamung der Investitionen einen Aufschwung auslösen werde. Die neoklassische Wirtschaftstheorie geht davon aus, dass die Federal Reserve den Banken Geld leiht, die es dann wiederum verleihen, um Fabriken zu bauen, Maschinen zu kaufen und Arbeitskräfte einzustellen. Das ist jedoch nicht die Vorgehensweise der Banken.

Banken vergeben Kredite gegen Sicherheiten – gegen Vermögenswerte. Sie verleihen Geld, um Immobilien, Aktien und Anleihen zu kaufen, nicht um Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Inflation, die sie verursachen, ist eine Vermögenspreis-inflation, keine Verbraucherpreis-inflation. In dem Maße, in dem höhere Zinsen die Wirtschaft bremsen – wie es Paul Volckers Politik unter Carter im Jahr 1980 tat –, verlangsamen sie zumindest die Inflation. Eine der regionalen Federal-Reserve-

Banken erklärte jedoch, dass von den 3,2 Prozent Verbraucherpreisinflation in den USA in diesem Jahr ein Prozentpunkt auf Trumps Zölle zurückzuführen sei. Ein Großteil des Rests wird durch den explosionsartigen Anstieg der Ölpreise und der Preise für aus Öl hergestellte Rohstoffe sowie für Strom und Düngemittel verursacht.

Auch die Lebensmittelpreise werden aufgrund weltweiter Wetterkapriolen und Kürzungen bei Düngemitteln steigen. Zinssätze haben keinerlei Einfluss auf die Realwirtschaft; sie wirken sich lediglich auf deren finanzielle Hülle aus. Eine Anhebung der Zinssätze, während Unternehmen bereits Schwierigkeiten haben, ihre Belegschaft zu bezahlen und ihre Rechnungen zu begleichen, und während die Preise für Öl, Chemikalien und andere Güter steigen, wird den Zusammenbruch verschärfen und ihn zum schlimmsten seit 1929 machen. Wie 1929 wird er sich auf die gesamte Weltwirtschaft ausbreiten. Zumindest im Jahr 1931 erkannte die Welt, dass sie die Schulden zwischen den Alliierten und die Reparationsschulden abschreiben musste; es gab ein Moratorium.

Ich sehe eine bevorstehende Abschreibung aller Arten von Schulden, einschließlich staatlicher Schulden, die nicht beglichen werden können. Aber es wird eine riesige Finanzkrise geben, die sich von den USA auf andere Länder ausbreitet. Was werden andere Länder dagegen unternehmen?

Steve: Das ist ein Punkt, den Michael und ich vor einiger Zeit besprochen haben. Alle rechnen mit Inflation, und auch wir erwarten sie kurzfristig. Aber langfristig – vielleicht in einem Jahr, nicht erst in zehn Jahren – sehen wir, dass sich daraus eine deflationäre Welle entwickeln wird.

Die Zerstörung der Produktionskapazitäten unseres Planeten durch die Sperrung der Straße von Hormus und durch die globale Erwärmung wird dazu führen, dass die Menschen nicht mehr in der Lage sein werden, die Waren und Dienstleistungen zu produzieren und zu verkaufen, die sie zur Tilgung ihrer Schulden benötigen.

Zunächst werden die Preise steigen, weil Öl und Vorleistungen wie Schwefelsäure und Helium teurer werden. Das wird der Inflationsschub sein. Doch Unternehmen, die auf diese Vorleistungen angewiesen sind, werden dann nicht mehr in der Lage sein, ebenso viel zu produzieren oder ihre Schulden zu bedienen. Sie werden wahrscheinlich in eine Phase der Preisdeflation eintreten und die Preise senken, um Kunden in ihre Geschäfte zu locken statt in die ihrer Konkurrenten. Wenn das jeder tut, könnte das Ergebnis eine Deflation und mit Sicherheit eine Krise der privaten Verschuldung sein.

Wir rechnen daher mit einer Inflation, gefolgt von einer Deflation – ähnlich wie zu Beginn der 1930er Jahre. Wie Irving Fisher erklärte: Hätten wir uns an seine Wirtschaftstheorie gehalten, wären wir nicht in der Hölle, in der wir uns gerade befinden. Wenn Unternehmen aufgrund von Liquiditätsproblemen versuchen, Vermögenswerte zu veräußern, senken sie ihre Preise, um mehr Einnahmen zu erzielen und Schulden abzubezahlen. Doch Preissenkungen erhöhen die Schuldenlast. Wie Fisher sagte: „Je mehr die Schuldner zahlen, desto mehr schulden sie.“ Wir glauben, dass wir auch an der Schwelle zu einer solchen Krise stehen.

Michael: Genau das ist das Wichtige an dem, was Steve sagt. Die meisten Menschen betrachten Preissteigerungen – also die Preisinflation –, aber wenn Steve von Deflation spricht, meint er die Deflation der Wirtschaft. Arbeitnehmer und Unternehmen müssen mehr für Energie ausgeben, um ihre Wohnungen und Geschäftsräume zu beleuchten und zu heizen, Strom zu kaufen, ihre Autos zu fahren und Ernteerträge sowie andere Produkte per Lkw transportieren zu lassen. Wenn sie all das

bezahlen müssen, bleibt ihnen weniger Geld, um die produzierten Waren und Dienstleistungen zu kaufen. Amerika produziert immer weniger Güter, doch der Binnenmarkt wird schrumpfen. Die Deflation der Realwirtschaft – der industriellen Wirtschaft von Produktion und Konsum – ist ein Nebenprodukt der Inflation im Finanzsektor. Diese Inflation hat den Wohlstand in Form von Gläubigerforderungen gegenüber einer Wirtschaft in die Höhe getrieben, die zunehmend verschuldet ist.

Der gesamte von den obersten zehn Prozent geschaffene Reichtum nimmt die Form steigender Schulden an, die von der Industrie, den Arbeitnehmern und den übrigen 90 Prozent der Wirtschaft geschuldet werden. Das ist es, was Steve meint, wenn er von Deflation spricht.

Anmerkung: Einer der Kommentatoren hat uns korrigiert: Es war nicht Mark Twain, der gesagt hat: „Wenn Wählen etwas bewirken würde, würden sie es dir nicht erlauben.“ Es war Emma Goldman. Ihr tatsächliches Zitat lautete: „Wenn Wählen etwas ändern würde, würden sie es verbieten.“ Es stellt sich jedoch heraus, dass es für niemanden eine Primärquelle gibt.